

# 10 Jahre Gender Budgeting: Keine positive Bilanz

Sophie Achleitner, Katharina Mader und Tamara Premrov

## Abstract

*Bei der Umsetzung tatsächlicher Gleichstellung der Geschlechter herrscht Stillstand. Trotz des etablierten Policy-Instruments „Gender Budgeting“, bleibt eine feministische öffentliche Haushaltsplanung in Österreich aus. Das hat Folgen – besonders in Zeiten multipler Krisen.*

## Einleitung

Budgetpolitik ist weder geschlechterneutral noch per se geschlechtergerecht. Mithilfe des Gender Budgetings möchte die österreichische Regierung ihrer Verpflichtung nachkommen, tatsächliche Gleichstellung in der Gesellschaft zu erreichen. Doch seit der Einführung vor zehn Jahren ist die Wirkung überschaubar. Aufgrund des geringen Interesses an dieser Materie, einer mangelhaften Ausgestaltung des Gender Budgetings und zu wenigen Ressourcen in den Ministerien hat sich die Geschlechterungleichheit in Österreich im Zuge der letzten Krisen sogar weiter verschärft.

Deshalb bräuchte es mehr Transparenz und eine nachvollziehbare Darstellung tatsächlicher Budgetmittel. Doch auch in den aktuellen Budgetunterlagen 2024 sucht man vergeblich nach einem eigenen Kapitel zu Gender Budgeting. Informationen darüber, wie viel Geld für die einzelnen Gleichstellungsziele aufgewendet wird und eine vollständige Auflistung aller Maßnahmen für Geschlechtergleichstellung innerhalb des Budgets fehlen ebenfalls. Ein umfassender Gender Budgeting-Bericht könnte hier Abhilfe schaffen, doch auch diese Forderung bleibt seit 2013 unerfüllt.

## Budget und Geschlechtergleichstellung

Das Budget wird oft als „in Zahlen gegossene Politik“ bezeichnet. Es spiegelt die wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Prioritäten der Regierung wider, denn es macht deutlich, welche politischen Vorhaben und Projekte (ausreichend) finanzielle Ressourcen bekommen und welche nicht. Damit ist das Budget eines der wirksamsten Politikinstrumente (Mader 2009). Die Wirksamkeit der finanziellen Mittel wird jedoch nur unzureichend thematisiert. Verteilungseffekte, Lücken und Zielkonflikte spielen im Prozess der Budgeterstellung nur eine untergeordnete Rolle. Makroökonomische Indikatoren wie die Staatsverschuldung und Staatsquoten werden viel detaillierter diskutiert – die Budgetpolitik bleibt aufgrund dieser zumeist einseitigen Betrachtung geschlechterblind.

Die oftmals fehlende Berücksichtigung der Gleichstellungspolitik ist vor dem Hintergrund, dass sich Österreich wiederholt dem Ziel der Geschlechtergerechtigkeit ver-

geschrieben hat, etwa mit den nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen in SDG 5 (UN 2023) oder den EU-Zielen im Rahmenprogramm NextGenerationEU (EU 2023), nicht nachvollziehbar. Denn auch in der österreichischen Verfassung ist Gender Budgeting festgeschrieben: „Bund, Länder und Gemeinden haben bei der Haushaltsführung die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern anzustreben“ (Art 13, Abs. 3), und auch im aktuellen Regierungsprogramm gibt es ein Bekenntnis für mehr Gleichstellung zwischen Männern und Frauen (BKA 2020).

Gender Budgeting ist ein Teilgebiet des Gender Mainstreamings und hat zum Ziel, die Schieflage zwischen den Geschlechtern zu beseitigen und Geschlechtergleichstellung in den Mittelpunkt der Budgetpolitik zu stellen (EIGE 2023a; EIGE 2023b). Dabei geht es darum, die staatlichen Einnahmen und Ausgaben in Bezug auf deren Effekte auf die Geschlechter zu analysieren und so auszugestalten, dass eine tatsächliche Gleichstellung erreicht werden kann (Europarat 2005). Gerade in Zeiten der Krisen, wenn die Bedeutung der öffentlichen Hand besonders groß ist, ist eine umsichtige Budgetgestaltung erforderlich. In Österreich hat Gender Budgeting diesen Anspruch weder in der Zeit nach der Finanz- und Wirtschaftskrise noch in der Pandemie oder Teuerungskrise erfüllt (Mader/Achleitner 2023). Feministische Haushaltspolitik berücksichtigt dabei nicht nur die Einkommen, sondern weibliche Lebensrealitäten insgesamt, etwa auch die ungleiche Verteilung von Care-Arbeit und Diskriminierung am Arbeitsmarkt. Manche feministische Ökonom:innen streichen auch die transformative Komponente des Gender Budgetings hervor. Dabei geht es nicht nur darum, dass Budgets *für* Frauen gemacht werden, sondern auch, dass Budgets *von* Frauen gemacht werden (BEIGEWUM 2003; Sharp/Vas Dev 2004). Denn auch die Machtstrukturen innerhalb der Finanzministerien sind nach wie vor sehr männlich dominiert. In der EU sind unter den 28 Finanzminister:innen nur 7 weiblich.

## Gender Budgeting in Österreich: ein Vorzeigeland ohne Ergebnisse

Österreich wird häufig als Vorzeigeland angeführt, da es eines von nur drei Ländern in der EU ist, das Gender Budgeting in die Verfassung aufgenommen hat (Budgetdienst 2019). Nach der Verankerung 2009 waren die Ministerien dazu angehalten, zumindest ein Gender Budgeting Projekt durchzuführen. Die Ambitionen dieser Projekte fielen jedoch sehr unterschiedlich aus (Mader 2015). Im Jahr 2013 folgte eine Haushaltsrechtsreform, durch die das Gender Budgeting institutionell stärker verankert wurde. Das Budget orientiert sich seither an sogenannten Wirkungszielen, die handlungsanleitend für die Verteilung der finanziellen Ressourcen innerhalb der Ressorts sein sollen. In allen Ressorts und obersten Organen werden seither bis zu fünf Wirkungsziele formuliert, deren Erreichung mittels des Budgets angestrebt und auch gemessen wird. Zumindest eines dieser Ziele muss die Gleichstellung von Männern und Frauen betreffen. Somit soll sichergestellt werden, dass Gender Budgeting in allen Politikbereichen Einzug findet.

Was hier zunächst nach einer ambitionierten Umsetzung des Gender Budgetings klingt, das im internationalen Vergleich als best practice angeführt werden kann, stellt sich in der Umsetzung als wenig zielführend heraus. So ist die nationale (Rechnungshof 2017) aber auch internationale Kritik am Gender Budgeting in Österreich groß. Mit-

unter stellte die OECD (2016) fest, dass es seit seiner Einführung in Österreich keine nennenswerten Erfolge gegeben hat. Die Schwachstellen des österreichischen Systems machen eine Neuaufstellung erforderlich. Allen voran bräuchte es eine bundesweite Gesamtstrategie, zu der die Ministerien in abgestimmter Weise beitragen können. Aktuell stehen die einzelnen im Zuge der wirkungsorientierten Haushaltsführung formulierten Zielsetzungen nebeneinander. Lücken und Priorisierungen werden keine vorgenommen (Mader/Schlager 2012; Mader 2015). Es fehlt jedoch nicht nur die Abstimmung der Ziele untereinander, sie sind an sich auch nicht ambitioniert genug, zu vage und werden den großen Herausforderungen in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit nicht gerecht (Hammerschmid/Grunwald 2014). Generell ist auch die Zuständigkeit und Verantwortung für Gender Budgeting nicht klar geregelt (Mader 2015). Zudem gibt es keine ausreichende Koordination zwischen den einzelnen Ministerien aber auch den anderen Gebietskörperschaften, also den Ländern und Gemeinden (Schratzenstaller 2014).

Bei der Einführung des Gender Budgetings wurden keine zusätzlichen Ressourcen geschaffen und kein zusätzliches, für die Aufgabe ausreichend qualifiziertes Personal eingesetzt. Dieses wäre nötig, um erforderliche Analysen zur Wirkung budgetpolitischer Maßnahmen auf die Geschlechter (Gender Impact Assessment) durchführen zu können (Mader/Achleitner 2023). Neben hausinternen Expert:innen wären aber auch die Einschätzung der Zivilgesellschaft und Wissenschaft in den Prozess miteinzubeziehen wichtige Schritte. Externe Beratung und gesellschaftliche Partizipation sind derzeit allerdings nicht vorgesehen (Quinn 2016).

Ein weiteres Problem ist die fehlende Verknüpfung zwischen den finanziellen Mitteln und den gesetzten Zielen. Diese intransparente Praxis wird auch vom Budgetdienst (2019) kritisiert. Denn die Budgetunterlagen stellen nicht alle für Frauen und Geschlechtergleichstellung bestimmten Mittel dar. Eine Gender Budgeting Beilage mit weiterführenden Informationen gibt es nicht. Das Frauenbudget wird in den Unterlagen auf Gewaltschutz reduziert und ist auf verschiedene Budget-Untergliederungen aufgeteilt, wodurch eine gesamthafte Beurteilung des Mitteleinsatzes nicht möglich ist. Die gekennzeichneten Mittel von knapp 34 Millionen Euro machen im aktuellen Budgetentwurf 2024 insgesamt nur 0,03 % der insgesamt budgetierten Mittel aus. Die geringe Priorisierung von Gleichstellungspolitik könnte nicht offensichtlicher sein (Achleitner et al. 2022 & 2023).

Gender Budgeting kann in Österreich daher als totes Recht angesehen werden. Da bei Nichterfüllung der Ziele – oftmals sind diese aufgrund fehlender Daten nach Geschlecht aber gar nicht erst messbar – keine Sanktionsmöglichkeiten vorgesehen sind, wird es als administrative Zusatzaufgabe anstatt als Instrument für Politikgestaltung wahrgenommen. Daher hat es bis dato keine messbare Wirkung auf die Gleichstellung von Männern und Frauen gezeigt. Österreich nimmt im internationalen Vergleich bei der Gleichstellung daher bestenfalls eine mittelmäßige Position ein (Mader/Achleitner 2023).

## Gender Budgeting in Krisenzeiten

Vor allem in Zeiten von Krisen wäre eine feministische Finanz- und Budgetpolitik essenziell, da sich Männer und Frauen meist sehr unterschiedlichen Herausforderungen gegenübersehen. Zuletzt haben die Covid-19-Pandemie und die Teuerungskrise zu gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verwerfungen geführt. Dies war auch an der Erreichung der Wirkungsziele des Budgets abzulesen. Im Jahr 2020 stieg der Anteil der nicht erreichten Ziele im Bereich der Geschlechtergleichstellung von 6 % auf 15 %. Jener der zur Gänze erreichten Ziele sank beinahe um die Hälfte von zuvor 61 % auf nur noch 32 % (Achleitner et al. 2023).

Während der Pandemie war das Ziel der Systemerhaltung leitgebend. Dabei wurde unvermitteltweise ein Scheinwerfer auf die bis dahin marginalisierten und kaum beachteten Systemerhalter:innen gerichtet. Dabei hat sich gezeigt, dass diese eine große Gemeinsamkeit haben, nämlich ihr Geschlecht. Pflegerinnen, Krankenschwestern, Kassiererinnen und weibliche Reinigungskräfte waren dem Risiko einer Ansteckung am stärksten ausgesetzt und gingen aufgrund der hohen Arbeitsbelastung an ihr Limit (Mader/Achleitner 2022). Doch auch im Home-Office waren Frauen stärker gefordert. Mütter tätigten während den Schul- und Kindergartenschließungen den Großteil der Betreuungspflichten und mussten Home-Schooling und Arbeit gleichzeitig stemmen (Berghammer/Beham-Rabanser 2020; Derndorfer et al. 2021). Einige verringerten sogar das Ausmaß ihrer Erwerbstätigkeit, um die Care-Arbeit verrichten zu können (Hehenberger/Muckenhuber 2020). Die eingeschränkte Erwerbstätigkeit und Produktivität durch zeitgleiche Betreuungspflichten, ist auch ein Problem für künftige Karrierechancen von vor allem jungen Frauen (Kim/Patterson 2022).

Neben den negativen Auswirkungen auf die Erwerbsbeteiligung, war auch die finanzielle Ressourcenverteilung nicht ausgeglichen. Hehenberger und Pixner (2021) zeigen, dass die Corona-Hilfsgelder nur zu 42 % für Frauen bestimmt waren. In der folgenden Energie- und Teuerungskrise waren die Unterstützungsmaßnahmen durch die sehr breite Ausgestaltung zwar recht ausgewogen (Budgetdienst 2022a), ausgerechnet jene Maßnahmen, die über die Krise hinausgehend ein immer höheres Volumen annehmen, kommen aber größtenteils Männern zugute. Die wichtigste Reform ist dabei die Abgeltung der kalten Progression, bei der 58 % der Entlastung an Männer geht (Budgetdienst 2022b). Das liegt daran, dass Frauen geringere Einkommen als Männer aufweisen. Dieser Umstand führt nicht nur dazu, dass sie von dieser Steuerreform weniger stark profitieren, sondern auch dazu, dass sie durch die hohe Inflationsrate stärker belastet werden. Da sie einen höheren Anteil ihres Einkommens für die Deckung der Grundbedürfnisse wie Wohnen, Heizen und Lebensmittel aufwenden müssen, spüren sie die Preisanstiege gemessen an ihrem geringeren Einkommen stärker. Bei den Entlastungsmaßnahmen wurde demnach nicht ausreichend darauf geachtet, wie hoch die Betroffenheit in den einzelnen Bevölkerungsgruppen ist, sondern ungeachtet dessen, wurden alle Menschen in ähnlicher Höhe entlastet.

Die Ausgestaltung der Maßnahmen während der Pandemie und der Teuerungskrise zeigt, dass die Berücksichtigung der Geschlechterunterschiede, wie es eine konsequente Anwendung des Gender Budgetings voraussetzen würde, nur eine untergeordnete Rolle spielt. Die Retraditionalisierung der Care-Arbeit, die Überbelastung von Systemerhalterinnen und die realen Einkommensverluste von Frauen hätten durch umsichtige Politik verhindert werden können.

## Fazit

Um Frauen besonders in Zeiten multipler Krisen besser zu unterstützen, ist eine geschlechtersensible Budgetpolitik unerlässlich. Der aktuelle Wirtschaftsabschwung und Fachkräftemangel sind neue Herausforderungen, die aus feministischer Sicht jedoch auch Chancen bieten.

Eine Aufwertung der Berufe von Systemerhalterinnen allen voran in den Bereichen Kinderbetreuung, Bildung und Pflege ist vor dem Hintergrund der immer knapper werdenden personellen Ressourcen dringend erforderlich. Hier müssen mehr Mittel für Ausbildung und Entlohnung bereitgestellt werden (Achleitner et al. 2022). Der Fachkräftemangel bietet zudem auch die Chance, dass Frauen, die ihre Erwerbsarbeit ausweiten oder wieder in einen Beruf einsteigen möchten, dies auch leichter umsetzen können. Auch hier können öffentliche Haushalte durch eine ausreichende Finanzierung des AMS und entsprechender Unterstützungsprogramme helfen.

Diese zusätzlichen Mittel sollten als Investitionen im Zuge einer expansiven Fiskalpolitik gewertet werden. Diese können dazu beitragen, den Konjunkturunbruch abzufedern (Perrons 2017). Laut volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung zählten zu den Investitionen aber vor allem Finanzmittel für den Ausbau der physischen Infrastruktur. Die betroffenen Sektoren sind männlich geprägt, weibliche Beschäftigte profitieren von solchen Investitionen daher kaum. Ausgaben für Schulen und Krankenhäuser werden hingegen als laufende Kosten gewertet. Der langfristige gesellschaftliche, aber auch ökonomische Wert von höherer Gesundheit und Bildung wird dabei verkannt. Eine Gegenüberstellung von Investitionen in den Bau- beziehungsweise Pflegebereich zeigt sogar, dass der Beschäftigungseffekt bei höheren Pflegeausgaben deutlich positiver ausfällt als es bei Investitionen in die Baubranche der Fall ist. In einigen Ländern, darunter auch Deutschland, würden die Beschäftigungszuwächse um das Vierfache höher sein (De Henau et al. 2016).

Ganz generell sind für eine erfolgreiche Umsetzung des Gender Budgetings mehr Transparenz, eine klare Verknüpfung der Ziele mit den Budgetmitteln, finanzielle und personelle Ressourcen im öffentlichen Dienst, klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten, sowie Konsequenzen bei einer Nichteinhaltung der Ziele erforderlich. Aktuell wird die Wirkungsorientierung evaluiert. Finanzminister Magnus Brunner hat zuletzt angekündigt, dass es im Bereich des Gender Budgeting Verbesserungen geben wird (Parlament Österreich 2023). Ob die Bundesregierung in den kommenden Budgets die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen priorisieren wird, wird sich zeigen.

## Literatur

- Achleitner, Sophie/Feigl, Georg/Marterbauer, Markus/Muckenhuber, Mattias/Premrov, Tamara/Mader, Katharina/Raith, Anna/Schnell, Philipp/Soder, Michael/Theurl, Simon (2022): Budgetanalyse 2023–2026: Soziale Handschrift gefragt. In: Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 237. <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC16682532/>, 5.12.2023.
- Achleitner, Sophie/Jüngling, Leonard/Mader, Katharina/Picek, Oliver/Schuster, Barbara/Sturn, Jakob (2023): Budget 2024 – Kein Budget für die Vielen. Momentum Institut. <https://www.momentum-institut.at/system/files/2023-10/pdfbudget-2024-schnelleinschaetzung-1.pdf>, 6.12.2023.
- Achleitner, Sophie/Mader, Katharina/Premrov, Tamara (2023): 10 Jahre Gender Budgeting: 10 Jahre umsonst? A&W Blog. <https://awblog.at/zehn-jahre-gender-budgeting/>, 3.10.2023.
- BEIGEWUM (2003): Frauen macht Budgets – Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive. Mandelbaum Verlag.
- Berghammer, Caroline/Beham-Rabanser, Martina (2020): Wo bleibt die Zeit? Bezahlte und unbezahlte Arbeit von Frauen und Männern in der Corona-Krise, Universität Wien, Corona-Blog, Blog 57. <https://viecer.univie.ac.at/en/projects-and-cooperations/austrian-corona-panel-project/corona-blog/corona-blog-beitrag/blog57/>, 8.3.2023.
- BKA (2020): Aus Verantwortung für Österreich. Regierungsprogramm 2020–2024. <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:7b9e6755-2115-440c-b2ec-cbf64a931aa8/RegProgramm-lang.pdf>, 05.12.2023.
- Budgetdienst (2019): Gender Budgeting: Fortschritte und Herausforderungen, Anfragebeantwortung des Budgetdienstes. <https://www.spoe.at/wp-content/uploads/sites/739/2019/12/BDAnfragebeantwortung-zu-Gender-Budgeting.pdf>, 3.10.2023.
- Budgetdienst (2022a): Anfragebeantwortung zur Verteilungswirkung der drei Maßnahmenpakete zum Teuerungsausgleich. [https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/anfragebeantwortungen/BD\\_-\\_Anfragebeantwortung\\_zur\\_Verteilungswirkung\\_der\\_drei\\_Massnahmenpakete\\_zum\\_Teuerungsausgleich.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/anfragebeantwortungen/BD_-_Anfragebeantwortung_zur_Verteilungswirkung_der_drei_Massnahmenpakete_zum_Teuerungsausgleich.pdf), 3.10.2023.
- Budgetdienst (2022b): Genderwirkung der Abgeltung der kalten Progression, Anfragebeantwortung des Budgetdienstes. [https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/anfragebeantwortungen/BD\\_-\\_Anfragebeantwortung\\_zur\\_Genderwirkung\\_der\\_Abgeltung\\_der\\_kalten\\_Progression.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/anfragebeantwortungen/BD_-_Anfragebeantwortung_zur_Genderwirkung_der_Abgeltung_der_kalten_Progression.pdf), 3.10.2023.
- De Henau, Jerome/Himmelweit, Susan/Lapniewska, Zofia/Perrons, Diane (2016): Investing in the Care Economy: A Gender Analysis of Employment Stimulus in Seven OECD Countries. [https://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/care\\_economy\\_en.pdf](https://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/care_economy_en.pdf), 3.10.2023.
- Derndorfer, Judith/Disslbacher, Franziska/Lechinger, Vanessa/Mader, Katharina/Six, Eva (2021): Home, sweet home? The impact of working from home on the division of unpaid work during the COVID-19 lockdown. In: PLoS ONE 16(11).
- EIGE (European Institute for Gender Equality) (2023a): What is Gender Budgeting, <https://eige.europa.eu/gender-mainstreaming/tools-methods/gender-budgeting>, 3.10.2023.
- EIGE (European Institute for Gender Equality) (2023b): What is Gender Mainstreaming, <https://eige.europa.eu/gender-mainstreaming/what-is-gender-mainstreaming>, 3.10.2023.
- Europarat (2005): Gender Budgeting: Final Report of the Group of Specialists on Gender Budgeting, Equality Division, Directorate General of Human Rights, Straßburg. <https://rm.coe.int/1680596143>, 3.10.2023.
- Europäische Union (2023): NextGenerationEU: Make it Equal. [https://next-generation-eu.europa.eu/index\\_de#make-it-equal](https://next-generation-eu.europa.eu/index_de#make-it-equal), 3.10.2023.
- Hammerschmid, Gerhard/Grunwald, Alexander (2014): Fokusstudie: Einführung der Wirkungsorientierten Verwaltungssteuerung: Erfolge – Potentiale – Perspektiven. [https://oeffentlicherdienst.gv.at/wp-content/uploads/2023/02/WO\\_Fokusstudie\\_II\\_2.pdf](https://oeffentlicherdienst.gv.at/wp-content/uploads/2023/02/WO_Fokusstudie_II_2.pdf), 3.10.2023.
- Hehenberger, Anna/Muckenhuber, Mattias (2020): Corona-Herbst und Kinder: Frauen nicht wieder allein lassen, Momentum Institut, Policy Brief 16 (2020). [https://www.momentum-institut.at/system/files/2020-08/momentum\\_policybrief\\_16.2020\\_corona-pay-gap.pdf](https://www.momentum-institut.at/system/files/2020-08/momentum_policybrief_16.2020_corona-pay-gap.pdf), 3.10.2023.
- Hehenberger, Anna/Pixer, Anna (2021): Österreichische CoronaHilfen im Gender-Check, Momentum Institut, Policy Brief 4 (2021). [https://www.momentum-institut.at/system/files/2021-03/pb\\_2021.04\\_0403\\_osterreichische-corona-hilfen-im-gender-check.pdf](https://www.momentum-institut.at/system/files/2021-03/pb_2021.04_0403_osterreichische-corona-hilfen-im-gender-check.pdf), 3.10.2023.
- Kim, Eunji/Patterson, Shawn (2022): The pandemic and gender inequality in academia. In: PS: Political Science & Politics, 55(1), 109–116.
- Mader, Katharina (2009): Gender Budgeting: Ein emanzipatorisches, finanzpolitisches und demokratiepolitisches Instrument, Theoretische Fundierung und Exemplifizierung am Wiener Budgetprozess, Frankfurt am Main.

- Mader, Katharina (2015): Gender Budgeting in der österreichischen Bundesverfassung – Fortschritt oder Falle?, WSI Mitteilungen 1 (2015). [https://www.wsi.de/data/wsimit\\_2015\\_01\\_mader.pdf](https://www.wsi.de/data/wsimit_2015_01_mader.pdf), 3.10.2023.
- Mader Katharina/Achleitner, Sophie (2023): Feministische Finanzpolitik – auch in Krisenzeiten ein blinder Fleck. Friedrich Ebert Stiftung. <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/20420.pdf>, 05.12.2023.
- Mader, Katharina/Schlager, Christa (2012): Gender Budgeting: A Feminist Strategy to Increase Gender Equality? Achievement of Objectives and Effectiveness by Way of Example of Austria, Paper für die IAFFE Annual Conference, 27.–29.6.2012, Barcelona.
- OECD (2016): Gender Budgeting in OECD Countries, in: OECD Journal on Budgeting 2016 (3). <https://www.oecd.org/gender/Gender-Budgeting-in-OECD-countries.pdf>, 3.10.2023.
- Parlament Österreich (2023): Brunner: Nachhaltige Budgetpolitik ist wichtig, um Budgetpfad einhalten zu können, Parlamentskorrespondenz N. 810. [https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr\\_2023/pk0810](https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2023/pk0810), 3.10.2023.
- Perrons, Diane (2017): Gender and Inequality: Austerity and Alternatives, In: Intereconomics 52 (January/February 2017). <https://www.intereconomics.eu/pdf-download/year/2017/number/1/article/gender-and-inequality-austerity-and-alternatives.html>, 3.10.2023.
- Quinn, Sheila (2016): Europe: A Survey of Gender Budgeting Efforts, IMF Working Paper 16 (155), International Monetary Fund. <https://www.imf.org/en/Publications/WP/Issues/2016/12/31/Europe-A-Survey-of-Gender-Budgeting-Efforts-44148>, 3.10.2023.
- Rechnungshof (2017): Umsetzung der Gleichstellung im Rahmen der Wirkungsorientierung im BKA, BMLFUW und BMWIT. [https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Bund\\_Umsetzung\\_der\\_Gleichstellung\\_im\\_Rahmen\\_der\\_Wirkungsorie.pdf](https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Bund_Umsetzung_der_Gleichstellung_im_Rahmen_der_Wirkungsorie.pdf), 3.10.2023.
- Schatzenstaller, Margit (2014): Gender Impact Assessment: Exchange of Good Practices on Gender Equality Discussion Paper, European Commission, Brüssel. [https://commission.europa.eu/system/files/2020-08/at\\_discussion\\_paper\\_at\\_2014\\_en.pdf](https://commission.europa.eu/system/files/2020-08/at_discussion_paper_at_2014_en.pdf), 3.10.2023.
- Sharp, Rhonda/Vas Dev, Sanjugda (2004): Bridging the gap between gender analysis and gender-responsive budgets: Key lessons from a pilot project in the Republic of the Marshall Islands. Magill: Hawke Research Institute, University of South Australia.
- United Nations (2023): Transforming Our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development. <https://sdgs.un.org/2030agenda>, 3.10.2023.